

Syrien: Westen ermahnt Russland

UN-Generalsekretär spricht von militärischer Eskalation

Boston/Damaskus. Nach heftigen Bombardierungen Aleppos hat der Westen den Druck auf Russland erhöht. Die Geduld sei »im Hinblick auf Russlands fortgesetzte Unfähigkeit oder seine fehlende Bereitschaft, seinen Verpflichtungen nachzukommen, nicht unbegrenzt«, erklärten die Außenminister unter anderem der USA, Deutschlands und Großbritanniens nach einem Treffen in Boston. Moskau wies die Kritik zurück.

Vorangegangen war eine Bombardierung von Aleppo durch das syrische Militär und seine Verbündeten, bei der in der vergangenen Woche mehr als 190 Menschen in den Rebellengebieten der belagerten syrischen Stadt getötet wurden. Moskau ist ein Verbündeter von Regierungschef Baschar al-Assad.

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon äußerte sich »erschüttert über die schreckenerregende militärische Eskalation« in Aleppo. Nach Worten seines Sprechers Stephane Dujarric ist die frühere Handelsmetropole der »anhaltendsten und schwersten Bombardierung« seit Beginn der Syrienkrise 2011 ausgesetzt. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York wollte noch am Sonntag zu Beratungen über die Luftangriffe zusammenkommen.

Nach dem Dauerfeuer der Vortage setzten die syrische und russische Luftwaffe am Sonntag ihre Angriffe für einige Stunden aus. Die Bombardements gingen nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte im Tagesverlauf aber weiter. Am Sonntag seien mindestens 14 Menschen getötet worden.

Die syrische Regierung hatte vor Wiederaufnahme der Luftangriffe am Donnerstag eine Bodenoffensive angekündigt, um die Stadt vollständig zurückzuerobern. Aleppo ist die letzte verbliebene Großstadt in Syrien, in der Rebellen noch größere Gebiete kontrollieren. Mindestens 250 000 Menschen harren im belagerten Ostteil der Stadt aus. In ganz Aleppo sollen zwei Millionen Menschen von der Trinkwasserversorgung abgeschnitten sein.

Die westlichen Außenminister forderten von Russland ein Ende der eskalierenden Gewalt. Die Ereignisse in Aleppo stünden im eklatanten Widerspruch zur russischen Behauptung, eine diplomatische Lösung in Syrien zu unterstützen. *dpa/nd*

Friedensfest in Cartagena

FARC-Konferenz stimmte Abkommen mit der kolumbianischen Regierung zu

FARC-Guerilla und Regierung feiern die Unterzeichnung des Friedensvertrages am heutigen Montag als Beginn eines neuen Kapitels in der kolumbianischen Geschichte.

Von David Graaff, El Diamante

Nun also Cartagena de Indias. In der historischen Hafenstadt an der kolumbianischen Karibikküste, einst einer der wichtigsten Umschlagplätze des spanischen Kolonialreiches und nun mondäne Touristenmetropole, unterzeichnen die FARC-Guerilla und die kolumbianische Regierung heute in einer feierlichen Zeremonie den Vertrag, mit dem sie den fünf Jahrzehnte langen bewaffneten Konflikt beenden. Mehr als ein Dutzend Staatsoberhäupter aus Lateinamerika werden dazu erwartet. Hinzu kommen neben zahlreichen Außenministern, darunter John Kerry aus den USA, UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, IWF-Chefin Christine Lagarde und der Kardinalstaatssekretär des Vatikans, Pietro Parolin.

Bereits am Sonnabend waren in der Yari-Ebene, wo die bislang älteste noch aktive Rebellengruppe Lateinamerikas ihre einwöchige Guerrillakonferenz abgehalten hatte, hochrangige Vertreter der FARC in einen Helikopter mit dem Flugziel Cartagena gestiegen. Zuvor hatten die dort versammelten Delegierten beschlossen, die von der Verhandlungsdelegation in den vergangenen vier Jahren mit der Regierung ausgehandelten Vereinbarungen zur Beendigung des Konflikts zu ratifizieren – und somit auch ihr Ende als bewaffnete Organisation besiegelt.

Die Vereinbarungen seien einstimmig angenommen worden, sagte der bisherige FARC-Oberkommandierende Rodrigo Londoño, genannt Timochenko, »in der Überzeugung dass in ihnen die Grundlagen enthalten sind, um die großen Veränderungen zu erreichen, die die Mehrheit der Kolumbianer fordert. Die FARC verkünden ihrer unnachgiebige Verpflichtung aus dem Vereinbarten«, fügte er vor mehr als 2500 jubelnden Guerilleros hinzu.

Im Laufe der einwöchigen Konferenz mit rund 300 Delegierten aller landesweiten Einheiten hatten die FARC vor allem über die Zukunft ihrer Organisation debattiert. So wurde unter anderem beschlossen, dass der bisherige Generalstab erweitert und zum Führungsgremium der neuen Partei werden soll. Unklar blieb jedoch noch, wie sich die FARC als neue Partei aufstellen werden. Iván Márquez, der die Verhandlungsdelegation der Rebellen in Havanna geleitet hatte, kündigte an, dass der neue Generalstab spätestens bis Mai 2017 ei-



Am Ende hat die FARC-Konferenz die Friedensvereinbarungen einstimmig angenommen.

Foto: Reuters/John Vizcaino

nen Gründungskongress vorbereiten und einberufen werde, auf dem dann die politischen Linien der neuen Partei festgelegt werden sollen. Auch auf den Namen der dann legalen Organisation haben sich die FARC noch nicht geeinigt.

Präsident Juan Manuel Santos warb dieser Tage für das Erreichte. »In Kolumbien blättern wir die Seite des Krieges um und beginnen, das Kapitel des Friedens zu schreiben«, sagte er vor der UN-Vollversammlung und erklärte den Krieg in Kolumbien für beendet. Wenngleich sein Enthusiasmus verständlich ist, hat er doch mit den Friedensverhandlungen sein gesamtes politisches Kapital in die Waagschale geworfen – Menschenrechtsverteidiger hören solche vollmundigen Verkündungen nicht gern.

»Ich denke es wird schwieriger werden, internationale Aufmerksamkeit für Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien zu bekommen, weil viele Leute denken, dass dort ja nun Frieden herrscht«, sagte etwa Christiane Schwarz von der deutschen Menschenrechtsorganisation »Kolk« im Gespräch mit »nd«. Aufgrund der anhaltenden gesellschaftlichen Interessenkonflikte bleibe Menschenrechtsarbeit aber weiter notwendig, so Schwarz. Sie verweist darauf, dass ein Großteil der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien nicht im Rahmen des bewaffneten Konflikts mit der Guerilla, sondern von paramilitärischen Gruppen oder staatlichen Akteuren begangen werde und dass auch Wirtschaftsakteure in diese Verbrechen verwickelt seien.

All diese Bedenken werden heute bei den Feierlichkeiten in Cartagena eine untergeordnete Rolle spielen. Rund 1500 Polizisten werden das Großereignis schützen; der Bürgermeister verhängte ein Ausschankverbot für die Innenstadt. Der eine oder andere Sektorken dürfte neben Salutschüssen an diesem Montag aber trotzdem knallen, auch wenn das Friedensabkommen die letzte rechtliche Hürde am kommenden Sonntag erst noch nehmen muss. Dann sind die Kolumbianer in einer Volksabstimmung dazu aufgerufen, dem Friedensvertrag mit den FARC zuzustimmen. Laut Umfragen verschiedener Meinungsforschungsinstitute will dabei ein Drittel der Wahlberechtigten die Vereinbarungen ablehnen, eine Mehrheit aber mit »Ja« stimmen.

»Wir werden Teil einer breiten Allianz sein«

FARC-Berater Gabriel Angel über den Wandel der Guerilla zu einer politischen Partei



Der studierte Jurist und Schriftsteller Gabriel Angel war Aktivist der von der FARC gegründeten Linkspartei Unión Patriótica, bevor er 1987 in die Reihen der Guerilla eintrat. Er ist Berater des bisherigen Oberkommandierenden der FARC, Rodrigo Londoño, genannt Timochenko. Über die politischen Ziele der neuen FARC-Partei nach dem Ende des bewaffneten Konflikts sprach mit Angel für »nd« David Graaff.

Foto: David Graaff

Die FARC bezeichnen sich selbst als marxistisch, anti-kapitalistisch und kommunistisch. Wird die neue Partei der FARC diese Charakteristika beibehalten?

Die FARC sind nicht nur eine bewaffnete Bewegung, sondern immer auch eine kommunistische Partei gewesen, die im Untergrund und im Krieg operiert hat. Ein Resultat dieser Konferenz wird sein, dass wir eben jene Partei bleiben werden, aber nicht weiter als militärische Organisation

existieren. Die ideologischen Fundamente der FARC, ihre politischen Linien und Entwürfe, was die Eroberung der Macht betrifft, bleiben dieselben, wenngleich sie natürlich an die neue Situation angepasst werden müssen. Aber wir bleiben Anti-Kapitalisten und Gegner des neoliberalen Wirtschaftsmodells.

Dazu bedürfte es auch des Rückhalts in der urbanen Mittelschicht, in der die FARC sehr kritisch gese-

hen wird. Wie wollen sie die Lücke zu diesem Teil der Gesellschaft schließen?

Diesem Bild können wir nur entgegenreten, indem wir uns den Vorwürfen stellen und darüber sprechen. Zugleich sind es die Leute aus diesen Sektoren, die politisch besonders aktiv sind. Und sie sind es, die bei Wahlen nach ihrer eigenen politischen Meinung entscheiden und ihre Stimme nicht für eine Gegenleistung abgeben oder nach Vorgabe wählen.

Diese Menschen aber sind auch Opfer der wirtschaftlichen Ordnung. Sie haben Schulden bei der Bank, ihr Haus ist mit einer Hypothek belastet, das Auto wurde verpfändet oder sie müssen die Bildung ihrer Kinder in einer teuren Privatuniversität bezahlen. Es gibt also Gemeinsamkeit mit uns bei der Inkonformität zum politischen und wirtschaftlichen System. Hier müssen wir Brücken bauen und uns einig darüber werden zusammenzuarbeiten.

Sie sprechen von Machteroberung. Wie kann dieses Ziel erreicht werden?

Wir sind uns bewusst, dass dieses Ziel unerreichbar ist, wenn sich nicht Millionen von Kolumbianern diesem Projekt anschließen. Daraus folgt, dass unsere neue Partei Teil einer breiten Allianz verschiedener politischer Kräfte sein wird, die dann sicher nicht mehr marxistisch-leninistischen oder kommunistischen Charakters sein wird, sondern in ihr werden die politischen Bestrebungen verschiedener politischer, sozialer und wirtschaftlicher Sektoren Platz finden. Dazu gehören nicht notwendigerweise nur linke, sondern auch sozialdemokratische und progressive liberale Sektoren.

Wir hoffen, dass die Präsenz der FARC wie ein Katalysator für die Einheit der Linken und über sie hinaus wirkt. Wir kommen mit einer machtvollen Waffe in der Hand: Die Vereinbarungen von Havanna haben enormes Transformationspotenzial. Wir glauben, dass es möglich ist, Politik zu machen und in möglichst kurzer Zeit an die Macht zu gelangen.

Wie schätzen Sie die Gefahr des Paramilitarismus ein?

Er ist ein reales Problem. Aber durch

die Vereinbarungen ist der Staat dazu verpflichtet, dieses Phänomen ernst zu nehmen. Wir denken nicht die ganze Zeit daran, dass wir irgendwann von Paramilitärs getötet werden, sondern wir werden Politik machen.

In Lateinamerika sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten zahlreiche linke Bewegungen in Regierungsverantwortung gelangt. Wie hat sich das auf die politischen Überlegungen der FARC ausgewirkt?

Die Veränderung der politischen Situation in Lateinamerika hat dazu beigetragen, dass wir den friedlichen Ausweg aus dem bewaffneten Konflikt gesucht haben. Der Linksruck hat auch bei uns Fragen aufgeworfen. Was machen wir hier, dass wir das in Kolumbien nicht geschafft haben? Und da kommt der Krieg ins Spiel. Er war eine würdige Antwort auf die permanente Aggression durch den Staat. Aber weil er zu einer endlosen Konfrontation wurde, musste ein Weg daraus notwendigerweise die offene und rechtmäßige Politik mit entsprechenden Garantien sein.

NACHRICHTEN

Finnland: Protest gegen Rassismus und rechtsextreme Gewalt

Helsinki. Tausende Menschen sind am Samstag in Helsinki und anderen Städten Finnlands gegen Rassismus und rechtsextremistische Gewalt auf die Straße gegangen. Sie reagierten damit auf den gewaltsamen Tod eines 28-Jährigen in Helsinki vor zwei Wochen während einer Auseinandersetzung mit Neo-Nazis. Allein in der finnischen Hauptstadt nahmen nach Angaben der Polizei rund 15 000 Menschen an den Protesten unter dem Motto »Das muss aufhören« teil. *AFP/nd*

Demonstration gegen Polens Regierung

Warschau. Zehntausende Menschen haben am Samstag in Warschau gegen eine Aufweichung des Rechtsstaats durch die rechtskonservative Regierung demonstriert. 30 000 Menschen folgten einem Aufruf des Komitees zur Verteidigung der Demokratie (KOD). Sie warfen der Regierung vor, die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts zu gefährden und eine weitere Verschärfung des bereits strikten polnischen Abtreibungsrechts anzustreben. Zuvor hatten 6000 Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger für eine Erhöhung der Gesundheitsausgaben demonstriert. Sie kritisierten vor allem die miserablen Löhne, die viele Fachkräfte ins Ausland trieben. *AFP/nd*

Nordkorea will Atomprogramm ausbauen

New York. Nordkorea hat vor der UN-Vollversammlung einen weiteren Ausbau seines Atomprogramms angekündigt. »Eine Atommacht zu werden, ist die Politik unseres Staates«, sagte Außenminister Ri Yong Ho am Freitag (Ortszeit) bei der Generaldebatte in New York. Sein Land werde weiterhin Maßnahmen ergreifen, um seine mit Atomwaffen ausgestattete Armee »sowohl quantitativ als auch qualitativ« zu stärken. Das nordkoreanische Atomprogramm sei das einzige Mittel, um sich gegen die »Drohungen« der USA zu verteidigen. *AFP/nd*

Gericht in Gabun erklärt Wahl für gültig

Libreville. Das Verfassungsgericht in Gabun hat trotz aller Proteste die Wiederwahl von Präsident Ali Bongo Ondimba (57) für gültig erklärt. Eine von Oppositionsführer Jean Ping geforderte Neuauszählung der Stimmen lehnte es ab, wie der französische Auslandsradio-sender RFI am Samstag berichtete. Für eine erneute Zählung der Stimmen hatten sich auch Frankreich und Vertreter der Afrikanischen Union ausgesprochen. *dpa/nd*

Hollande: Haben Harkis im Stich gelassen

Paris. Frankreichs Präsident François Hollande hat erstmals die Verantwortung des französischen Staates für das Leid der Harkis anerkannt. Der Staat habe die algerischen Hilfssoldaten der französischen Armee nach dem Ende des Unabhängigkeitskriegs im Stich gelassen, sagte Hollande am Sonntag bei einer Zeremonie auf dem Hof des Invalidendoms in Paris anlässlich des nationalen Gedenktags für die Harkis. *AFP/nd*

Schweizer für mehr Geheimdienstbefugnisse

Bern. Die Schweizer haben sich am Sonntag laut Hochrechnung in einem Referendum mit 66 Prozent dafür entschieden, die Befugnisse des nationalen Geheimdienstes bei der Überwachung auszuweiten. Abgestimmt wurde über ein vom Parlament bereits gebilligtes Gesetz. Abgelehnt wurden eine Volksinitiative zur Erhöhung der Rente um zehn Prozent und die Initiative für einen umfassenden ökologischen Umbau der Volkswirtschaft. *dpa/nd*